

Wiflungenes Wahlmanöver der Reformisten im DFB

Die Opposition auf dem Wirtler-Kongress in Thalheim stark vertreten — Die Arbeiter für den Kampf um den Achtstundentag und höhere Löhne — Die reformistischen Führer für die Schlichtungsdictatur der Unternehmer

Nach Thalheim, jenem Orte, der das Zentrum der gewaltigen Stumpfwirkungsausbreitung vom Jahre 1908 war, hatte der Vorstand des Textilarbeiterverbandes am vergangenen Sonntagabend und Sonntag den Kongress der Wirtler, Stricker und Trifolagenarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands einberufen.

Am Sonntagabend fand unter Teilnahme der circa 500 Delegierten eine von gewaltigem Kampfeifer getragene Demonstration für den Achtstundentag statt. Es wurden

nur rote Fahnen

mitgeführt. Demunter die mit dem Sowjetstern gezeichneten Banner der kommunistischen Partei und des kommunistischen Jugendverbandes. Die Kampflieder der Jugendgruppen des KPD begleiteten die Demonstration. Aus den Orten des Thalheimer Kreisraumes waren die Textilarbeiter und -arbeiterinnen zu Fuß oder auf Lastautos nach Thalheim gekommen. Die Chemnitzer Arbeiter besaßen einen Sonderzug. In allen Straßen, die von dem Demonstrationzug berührt wurden, bildete die Thalheimer Bevölkerung Spolier. Bei Eintritt der Dunkelheit wurden die Fahnen angezündet. Das verleierte den imposanten Eindruck.

Die Verbandsbürokratie wollte nicht dulden, daß die von den Textilarbeitern mitgeführten Plakate mit den Parolen der Arbeiterkraft im Zuge mitgeführt wurden. Selbst die Fahnen des kommunistischen Jugendverbandes wollte man aus dem Zuge entfernen. Argend so ein Bonze ist!

„Kommunisten dürfen nicht mitgeführt werden!“

Trotz der Proteste der Arbeiterkraft verbierte die Entwertung der Fahnen. Unter den vielen mitgeführten Plakaten vor besonders das der Alliance haben einen großen Eindruck auf das Publikum.

gegen den Schlichtungsschwindel

wandte. Die Delegierten des Kongresses und die gesamte Arbeiterkraft hat durch die mündliche Demonstration zum Ausdruck gebracht, daß sie bereit sind, einen offenen Kampf um die Forderungen der Arbeiterkraft zu führen.

Die Kundgebungen am Abend in den größten Sälen von Thalheim waren überfüllt. Die verschiedenen Arbeiterorganisationen von Thalheim gaben ihr Bestes zur Ausgestaltung der Abendveranstaltungen.

Der Kongress

Schon in der Begrüßungsansprache betonte Kästel vom Hauptvorstand des DFB, daß auf dem Kongress nicht die Fragen, die die Arbeiterkraft besonders interessieren, z. B. die Kampfplakate der Gewerkschaften bei der Erringung des Achtstundentages und höherer Löhne usw., behandelt werden dürfen, sondern daß die Konferenz nur die Aufgabe habe, den Delegierten Willen zu übermitteln. Er schloß mit der Entschließung des DFB unter besonderer Berücksichtigung der Wirtler, Stricker und Trifolagenarbeiter. Am Sonntag betonte er, die Delegierten mögen mit dafür sorgen, daß die politischen Auseinandersetzungen nicht in den Textilarbeiterverband hineingetragen werden. Er bekräftigte besonders die anwesenden Vertreter der Regierung und Behörden, die deshalb eingeladen worden waren, um sie im Sinne der Arbeiterkraft zu beeinflussen. Seiner Meinung nach kann jeder höhere Beamte „viel für die Arbeiterkraft leisten“.

Nachdem der Bürgermeister Hiller, der ein Bürgerlicher ist und nicht recht wußte, was man auf einem Kongress einer freien Gewerkschaft sagen soll und schon durch die Abweisung des Beschlusses des Thalheimer Gemeinderates, das Rathaus rot zu bemalen, bewiesen hatte, was Weisheit und die Begrüßungsrede gehalten hatte, kam der Oberbürgermeister Panofka zu Wort.

Das Verbot des Panofka, der den letzten Schiedsspruch für die Textilarbeiter in Pönnitz erhalten hat, durch den die Wirtlerarbeiter keinen Pfennig Lohnhöhung erhalten haben, als Vertreter einbrachte.

Nach ihm begrüßte Grunow vom Antikommunisten Jugendrat den Kongress. Siegmund vom Bezirksausschuß des DFB hielt seine Begrüßungsansprache gleichfalls im Namen der sozialdemokratischen Kandidatur. Der anwesende kommunistische Kandidat, der die Textilarbeiter durch den Kongress nicht begrüßte. Als die Ladung der Delegierten bekannt wurde, fiel das selbst bei den sozialdemokratischen Arbeitern Unwillen hervor, weil die reformistische Gewerkschaftsleitung bei der Vorbereitung des Kongresses behauptet hatte, es würde auch einem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Gelegenheit gegeben werden, zum ersten Male der Tagesordnung zu sprechen, und nun durfte der Vertreter der proletarischen Partei den Kongress nicht einmal begrüßen!

Nach Eintritt in die Tagesordnung beauftragte ein Redner der Opposition, die Referate über „Die Wirtler in der Geschichte“ und über „Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen“ abzulesen, damit der Kongress die Möglichkeit habe, zu den Fragen des Kampfes um Lohnhöhung und den Achtstundentag ausführlicher Stellung nehmen zu können. Das wurde abgelehnt. Ebenso der Antrag des Kollegen Gerold-Hohenstein zum achten Tagesordnungspunkt, einem kommunistischen Reichstagsabgeordneten ein Referat halten zu lassen, und ein Antrag des Kollegen Scheibe-Pimbal, einem oppositionellen Redner verlängerte Redezeit zu gewähren. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird dann beschlossen, einzelne Referate gemeinsam zu diskutieren.

Görner von Chemnitz hielt das erste Referat über

Die Wirtler und Stricker in der Geschichte

Er schilderte kurzzeitig die Entwicklung der Wirtler und Stricker. Er sprach von den geistlichen Strümpfen über die ersten Handshirts des Papstes, bis zur Entwicklung der modernen Kottonmaschine. So ein Referat ist ja ganz interessant, aber dann bräuda man nicht die Delegierten aus dem ganzen Saal zu einem Kongress zusammenzurufen. Diese Dinge kann man der gesamten Textilarbeiterkraft sehr gut einmal durch die Zeitung übermitteln. Das waren die Auffassungen der überlegenen Mehrheit der Delegierten, die sie in ihren persönlichen Gesprächen zum Ausdruck brachten. Ueber

Die Wirtler und Stricker in der Weltwirtschaft

sprach Kästel. Er behauptete, daß auf die Schließung der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft eine gewisse Einseitigkeit aus der deutschen Wirtlerindustrie an

Es gehen die Marxisten-Frank-Sachs-Werke dazu über, die Geschäftskonten der einzelnen Arbeiter dadurch anzuhalten, daß sie ihre Maschinen an die Arbeiter verpachten.

Kästel stellte die ungeheure Bedeutung auf, daß die Weltwirtschaft in der Wirtlerindustrie im Grunde liegt. Deshalb ist es sehr wichtig, daß die Arbeiter sich hier gewissermaßen „zum guten Ton erheben, eine Stumpfmühle im Hause zu haben“. Er benutzte sein Referat, um wieder einmal die amerikanischen Kapitalisten als Beispiel für die deutschen Unternehmer hinzustellen.

Feinhalbs vom Hauptvorstand sprach über:

Die Lohnbasis in der Wirtler, Stricker und Trifolagenfabrikation Deutschlands

Nach den Tarifen beläuft sich der Lohn der Hilfsarbeiter in der Wirtlerindustrie auf 52 bis 65 Pfennig pro Stunde, für Arbeiterinnen 40 bis 42 Pfennig. Im Wirtler kommen die geringsten

Arbeiter von 308 Pfennig bis 104,5 Pfennig, die Arbeiterinnen auf 45 bis 62,5 Pfennig. Wenn Feinhalbs dann weiter anführte, daß die Lohnhöhen in den letzten drei Jahren in der Textilindustrie im höchsten Grade gesunken sind, kann man ersehen, mit welchen Hungerlöhnen die Textilarbeiter in den letzten Jahren abgepeißt wurden.

Feinhalbs verließ sich nachzuweisen, daß Lohnkämpfe nicht durch Streiks erfolgreich gestaltet werden könnten. Sein ganzes Referat war darauf abgestimmt, daß es Aufgabe des Verbandes sei, die staatlichen Schlichtungsstellen davon zu überzeugen, daß die Lohnhöhen in der Textilindustrie nicht nur im Interesse der Arbeiterkraft, sondern auch im Interesse der Unternehmer liegen. Er forderte die Kaufkraft der Arbeiter und die Kaufkraft der guten Konjunktur dadurch geschützt sei. Bisher sind die Verbände allzusehr geneigt gewesen, den Wünschen der Unternehmer Rechnung zu tragen, und er konnte sich nicht vorstellen, daß die Schlichter gar nicht einsehen wollen, daß Lohnhöhen notwendig sind. Für die Felder vom Hauptvorstand gibt es keine Möglichkeit, eine Lohnhöhung zu erkämpfen. Sie fordern, daß sich die Arbeiter immer dem Takt der kapitalistischen Schlichter fügen.

Die Diskussion

In der Diskussion berichtete der Kollege Pindner, Apolda, darüber, daß in seinem Ort die Arbeiter, die den Wirtlerlöhnen nicht erreichen, rücksichtslos entlassen werden. Er fordert für die Frauen die gleiche Bezahlung wie für die Arbeiter und Bezahlung der Schulstunden für die Jugendlichen.

Der Genosse Hoimann wies nach, daß bei der Behandlung der Lohnfragen wie auch in allen anderen Fragen die Einseitigkeit der kapitalistischen Wirtschaft in der herrschenden Staatsform ausschlaggebend ist.

Wenn der Hauptvorstand sich für die heutige kapitalistische Republik einsetzt, ist er natürlich auch geneigt, in allen Fragen und besonders auch in der Frage der Lohnkämpfe sich auf die Seite der kapitalistischen Staat, also des Instruments der Unternehmer, zu stellen und somit auch die Schlichtungsdictatur anerkennen.

Die Vergangenheit und ganz besonders der mitteldeutsche Wirtlerarbeiterkampf beweisen, daß die Forderungen der Arbeiter auf höhere Löhne nur im härtesten Kampf gegen den Schlichtungsschwindel erreicht sein können.

Als wir in unserem Bezirk den Lohnkampf auch gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch geführt haben, sind uns die Verbandsinstanzen in den Rücken gefallen und darum konnten wir nicht einen vollen Erfolg erringen.

Es ist falsch, wenn unter Verbandsvorstand sich soll und ganz für die kapitalistische Nationalisierung mit allen ihren Auswirkungen eintritt. Für die kommenden Lohnkämpfe müssen Kampfplakate hergestellt werden. Der Genosse Hoimann brachte dann folgende Resolution ein:

„Da in den wichtigsten Wirtler, Stricker und Trifolagenbetrieben die Lohnhöhe mit dem 31. 10. 28 abläuft, beauftragt der Kongress den Verbandsvorstand, die in Frage kommenden Forderungen des DFB zu bekräftigen, wünschenswerte Lohnforderungen an die Unternehmer einzurichten und bei Ablehnung derselben die Textilarbeiterkraft zum Kampf aufzufordern.“

In einer weiteren Resolution, die sich gegen das Schlichtungswesen richtet, wird vom Verbandsvorstand gefordert:

Die Zwangsvermittlung nicht anerkennen und den Kampf zu führen trotz verbindlicher Schiedssprüche. Mit allen Mitteln den Kampf zu führen für die Streik- und Koalitionsfreiheit.

Die Arbeiterkraft aufzufordern zum Kampf gegen das ganze Regime des Bürgerlades. Von der SPD und SPD-Reichstagsaktion zu fordern, sich im Reichstag für die Aufhebung der Schlichtungsordnung einzusetzen.

Nachdem kamen noch ein Kollege aus Nüßlingen, Stuttgart und Würtemberg zu Wort, die zum Teil einen energischen Kampf gegen das Schlichtungswesen forderten.

In seinem Schlusswort verurteilte Feinhalbs eine Kommunistenbewegung durchzuführen, er ermahnte seinen Juch und nicht. Er betonte nochmals ausdrücklich, daß der Verbandsvorstand für das herrschende Schlichtungswesen ist. Das Schlichtungswesen ohne die Möglichkeit, Zwang auszuüben, ist ein Meißer ohne Schneide.

Wenn der Verband wünschenswerte Lohnforderungen durchzuführen würde, würden sich die Arbeiter dann nicht wundern, wenn die Unternehmer in Zeiten der Krisen sich ebenfalls nicht an die Tarife hielten. Als ob die Unternehmer heute tariflos wären und noch niemals einen Lohnabbau durchzuführen hätten. Da die eingedachten Tarife bestimmt von der Mehrheit angenommen werden wären, ließ man darüber nicht abstimmen, sondern sie wurden dem Hauptvorstand als Material überreicht.

Am Sonntag sprach als erster Referent Schäfer vom Hauptvorstand über:

Der bevorstehende Kampf der Wirtler, Stricker und Trifolagenarbeiter um den Achtstundentag

Er stellte in den Vordergrund, daß in größerem Umfange in Deutschland der Achtstundentag durch die Arbeitergemeinschaft vor Beendigung des Krieges zustande gekommen sei. Mit frecher Offenheit sollte er sich, daß die Unternehmer damals den Achtstundentag bewilligt haben,

weil sie die gesamte kapitalistische Wirtschaft vor dem Ansturm der revolutionären Arbeitermassen schützen wollten und die Gewerkschaften dem Unternehmeramt hilflos zur Seite gesprungen sind. Er befragte sich darüber, daß die Unternehmer aber den Fakt bezüglich des Achtstundentages nicht gehalten haben.

Er mußte sagen, daß schon durch die Verordnung der Volksbeauftragten der Achtstundentag wieder geistlich liquidiert worden sei. Nachdem er das Washingtoner Abkommen ausführlich behandelt hatte und wünschte, daß es doch nun bald, wenigstens von Deutschland, ratifiziert werde, berichtete er über die durch die Tarife festgelegte Arbeitszeit in der Textilindustrie.

In der Wirtler wird durch die Tarife die 31. bis 34-Stundenwoche festgelegt.

Auch er befragte sich über die Schlichter, die selbst in den Zeiten der größten Unruhen die Arbeiterkraft schiedsrichterlich von 8 Stunden arbeitslos gemacht haben. Dann behauptete Schäfer ganz frech, daß an der Arbeiterkraft die Arbeiterkraft selbst schuld ist, weil in einigen Betrieben die Arbeiter selbst über die tariflich festgelegte Arbeitszeit arbeiten. Dann bekannte er, daß

nur das „Verständnis der Arbeiterführer“ dazu beigetragen habe, daß die deutsche Textilindustrie auf ihre heutige Höhe gebracht werden konnte.

Er beneidet nicht die Unternehmer um ihre hohen Profite, sondern er fordert nur, daß die Arbeiterkraft durch härteren Arbeitskampf daran beteiligt werde. Dann las er eine Entschickung vor, die die Forderung des Hamburger Verbandstages erneut bestätigt.

Ueber den Kampf der Arbeiterinnen um Sonderchutz, Gleichberechtigung und Gleichbehandlung

sprach Elle Wintera. Sie schilderte erschreckende Beispiele über die gesundheitsgefährdende Wirkung der Textilarbeit auf Frauen. Selbst in den Thalheimer Betrieben hat sie festgestellt, daß die Einrichtung nicht im geringsten den Gesundheitsbedürfnissen der Arbeiterinnen entspricht. Selbst bei vielen Kindern läßt sich schon die Einwirkung der Frauenarbeit auf die vielen Generationen feststellen, da den Kindern schon die übliche vorgedachte Haltung der Arbeiterinnen eigen ist. Auch sie kennt nur den einen „Ausweg“: mehr Verständnis der kapitalistischen Schlichter für die Forderungen der Arbeiter. Sie erinnert daran, daß ja durch die Schlichtungsordnung die Schlichter verpflichtet seien, nach „billigen und gerechtem Ermessen“ zu entscheiden. Sie forderte von der „Schlichtungsbehörde“, die die Unternehmer aus der Frauenarbeit durch die niedrigen Löhne der Frauen erzielen, weggehört werden müssen, um sie im Interesse der Frauen- und Jungenschichten anzuwenden.

Der Genosse Hoimann sprach in der Diskussion vom Kampf um den Achtstundentag. Er erinnerte daran, daß die reformistischen Führer die Arbeiterkraft schon zehn Jahre lang auf die Ratifikation des Washingtoner Abkommens vertrieben. 1918 hatten die Arbeiter die politische Macht erstritten hat auf der heutigen Tagung offen zugab, daß die reformistischen Gewerkschaften den Kapitalisten gedulden haben, ihre wirtschaftliche Macht behalten zu können und damit auch gleichzeitig den Achtstundentag protogegen haben. Selbst die MacDonald-Regierung, die von den Sozialdemokraten als die Regierung der Konstitutionen Sozialismus bezeichnet worden ist, hat das Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert, obwohl darin nicht einmal der Achtstundentag festgelegt ist. Heute hat gerade die englische Regierung die Ratifikation des Abkommens ganz entschieden abgelehnt.

Die Arbeiterkraft kann nur durch den Kampf den Achtstundentag erringen

Die Schlichtungsstellen werden immer auf Seiten der Unternehmer stehen, weil sie ja die Beauftragten des kapitalistischen Staates sind.

Ein Skandal ist es aber, daß Sozialisten, die als Schlichter der Arbeiterkraft die 34-Stundenwoche ausstrotzen, gleichzeitig noch Mitglieder der freien Gewerkschaften sein können. Die Gewerkschaften müssen von den Sozialisten getrennt werden.

Der Hauptvorstand hat gerade gestern durch das brutale Entwerfen der Plakate aus der Demonstration, die sich gegen den Schlichtungsschwindel und für die Reinigung der Gewerkschaften von den Sozialisten richteten, bewiesen, daß er nicht einen ersten Kampf um den Achtstundentag führen will. Als mit in Thalheimer Bezirk einen energischen Kampf für den Achtstundentag durchzuführen, wurden wir von den Verbandsinstanzen gezwungen, wieder in die Betriebe zu gehen. Der Genosse Hoimann brachte folgende Antrag ein:

„Der Kongress beauftragt den Verbandsvorstand, alle Verbandsmitglieder anzuweisen, daß seinem Abkommen zugestimmt werden darf, in dem nicht in zweifelsfreier Weise die maximale Achtstundentag festgelegt ist.“

Nachdem zwei Kolleginnen zur Artfrage Stellung genommen hatten, kam noch der Angehörige von Berlin, Bogi, und Feinhalbs vom Hauptvorstand zum Wort, die die blödesten Vagen über die Opposition versapten.

Im Schlußwort stellte Schäfer nochmals die Forderung auf, daß der Hauptvorstand hätte alles zur Erringung des Achtstundentages getan, aber die Arbeiter waren nicht bereit, dafür zu kämpfen, obwohl durch die Demonstration und durch die Ausführungen des Genossen Hoimann gerade das Gegenteil bewiesen wurde.

Die Resolution der Opposition empfiehlt der Hauptvorstand abzulehnen, weil sie dem Sinn und den Aufgaben des Kongresses nicht entspricht.“

Ueber das Zusammenwirken des DFB mit den Arbeiter-Samaritervereinen sprach Treffel, Wilmanns vom Arbeiter-Turn- und Sportbund, Berlin, unterrichtete über die Zusammenkünfte. Der DFB ist der erste Verband, der auf seiner Tagung über die Sportfrage sprach. Er hoffte, daß andere Verbände dieses Beispiel nachahmen.

Genosse Köhler führte in der Diskussion an, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Frankmann, der das letzte Referat auf dem Kongress hatte, Mitglied des Vorstandes des bürgerlichen „Kreuzes“ ist.

Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen

leitete das Thema, über das Peter Graumann sprach. Die Feststellung des Genossen Köhler war ihm sehr unangenehm und er hielt er:

eine lange Vertiefungsrede, in der er ausübte, daß der Bundesvorstand des DFB und des Arbeiter-Samariterbundes damit einverstanden seien, daß er Mitglied im Vorstand des Kreuzes ist.

Das Referat Graumanns sollte eine Wahlpropaganda für die SPD werden. Auf Grund der Stimmung der Konferenz und der Anwesenheit einer starken Gruppe der Opposition war es gezwungen, seinem Referat einen sachlichen Inhalt zu geben. Es ist ihm aber trotzdem nicht gelungen, die Delegierten davon zu überzeugen, daß die Politik der SPD im Interesse der Arbeiterkraft liegt. Man mag sie seinen Ausführungen zu sehr an, daß die unvorsichtige Disposition für keine Rede eine wüste Kommunistenbegeisterung enthielt und er erst durch den Verlauf des Kongresses gezwungen wurde, sich unwillig zu stellen.

Der anwesende kommunistische Reichstagsabgeordnete Reddermeier erhielt das Wort nicht. Der Hauptvorstand verhinderte mit seiner brutalen Diktatur eine Aussprache. Er hatte wohl nach dem jämmerlichen Referat Graumanns auch allen Grund dazu. Aus der geplanten Wahlpropaganda für die SPD ist nichts geworden.

Der Hauptvorstand legte eine Resolution vor, die angedeutet den Inhalt der Konferenz zusammengefaßt wiedergibt. In ihr wird wohlwollend die Entschickung und die Nationalisierung in der Textilindustrie festgelegt und

als einzige Maßnahmen „Unterstützungen“ und „im Interesse der Weiterentwicklung der Industrie“ der Achtstundentag gefordert. Sie enthält kein Wort über die zu ergreifenden Kampfmaßnahmen zur Erringung des Achtstundentages und höherer Löhne, kein Wort gegen die Schlichtungsdictatur der Unternehmer, kein Wort über die Einleitung des Kampfes gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Nationalisierung.

Trotzdem wird sie von der Mehrheit des Kongresses angenommen. Der Genosse Hoimann, der zur Ablehnung eine Erklärung abgegeben wollte, erhält das Wort nicht.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß der Kongress und besonders die Demonstration den Beweis erbracht haben, daß die Opposition auch im DFB marschiert. Die Kommunisten werden im Verband weiter dafür wirken, die Erkenntnis, daß die reformistische Politik der Arbeiterkraft nur immer weiter in den Grund führt und nur der revolutionäre Klassenkampf den Sieg erringt, auch dem letzten Textilarbeiter zu übermitteln.